

749/J XXI.GP

Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Günther Leiner
und Kollegen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Vorgänge in der Salzburger Kammer für Arbeiter und Angestellte**

Immer wieder wird Kritik an der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg insofern laut, als sich einerseits deren Mitglieder nicht ausreichend vertreten fühlen, andererseits werden Entscheidungen dieser Institution, die betriebswirtschaftliche Gründe haben, kritisiert. So hat zum Beispiel die Fehleinschätzung des Projektes Humboldtstraße in Salzburg eine erhebliche finanzielle Belastung zur Folge, ebenso das Engagement der Arbeiterkammer im Airportcenter, da nunmehr der ÖGB aus der Mitfinanzierung ausgestiegen ist. Besonderes Aufsehen hat die Werbekampagne für AK - Präsident Alexander Böhm hervorgerufen, da hier Mittel aus den Pflichtbeiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eindeutig parteipolitisch und somit zweckentfremdet verwendet wurden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den für die Aufsicht über die Salzburger Kammer für Arbeiter und Angestellte zuständigen Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Entsprechen die angeführten Beispiele aus der Tätigkeit der AK Salzburg nach § 91 Abs (1) Z.3 des AKG den Jahresvoranschlägen und Rechnungsabschlüssen?
2. Sind die genannten Aktivitäten durch Beschlüsse von Organen begründet?
3. Stimmen die genannten Aktivitäten mit den nach dem Arbeiterkammergesetz 1992 ergangenen Verordnungen überein?
4. Wie beurteilen Sie aus Sicht der Aufsicht die Widmungskonformität der genannten Maßnahmen?
5. Können Sie ausschließen, dass seitens der AK Salzburg künftig keine parteipolitisch motivierten Werbemaßnahmen gesetzt werden?